

**Die Frage der Einberufung des Reichsrates.**

Die Antwort der Regierung.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Wien, 9. Oktober.

Die Verlautbarung über die Beschlüsse der drei Gruppen des Herrenhauses reichte bis zur Uebermittlung dieser Beschlüsse an den Grafen Stürgg. Ueber die Antwort des Grafen Stürgg auf diese Erklärungen, die ihm die Sprecher des Herrenhauses übermittelten, war in dieser Kundgebung nichts enthalten.

Wie Ihr Korrespondent nunmehr aus verlässlicher Quelle erfährt, lautete die Antwort des Ministerpräsidenten dahin, daß eine Einberufung der Delegationen, wenn die übrigen Voraussetzungen hierfür gegeben seien, in jedem Falle ohne eine Einberufung des Reichsrates möglich und tunlich wäre, weil die weitere Dauer der Mandate der im Jahre 1913 gewählten Delegierten bereits durch Präjudizien begründet sei. Ein solcher Vorgang sei bereits mehrmals, unter anderem auch unter dem Grafen Hun, eingehalten worden, als der Neuwahl der Delegierten innerpolitische Schwierigkeiten entgegenstanden. Graf Stürgg betonte, daß er der Aktion zur Wiedererweckung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich durchaus mit wohlwollender Objektivität gegenüberstehe. Seine Regierung sei niemals prinzipiell gegen das Parlament gewesen und habe gewiß auch gegen den Zusammentritt der Delegationen nichts einzuwenden. Selbstverständlich sei es aber Pflicht der Regierung, vorerst von denjenigen, welche die Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit anstreben, jene Garantien zu verlangen, die nach der Ueberzeugung der Regierung unerlässlich seien, damit die Tagung der parlamentarischen Körperschaft in ihrem Verlauf auch dem Staatsinteresse entspreche und auch einen würdevollen äußerlichen Eindruck mache. Es handle sich dabei ganz gewiß nicht um Empfindlichkeiten der Regierung oder einer Person in der Regierung, sondern vor allem darum, daß durch die zu erwartenden Reden und Beschlüsse im Auslande, besonders im feindlichen Auslande nicht entstellte Auffassungen über unsere innerpolitischen Verhältnisse entstehen. Nach Ansicht der Regierung sei es nun Sache jener Faktoren, welche die Delegationen wollen, diese Bürgschaften für den Verlauf ihrer Beratungen sicherzustellen. Dazu müßten selbstverständlich auch alle anderen Faktoren mitwirken. Von besonderer Bedeutung ist nach Ansicht der Regierung in dieser Beziehung die befanntlich für den 23. Oktober vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester einberufene Besprechung der Vertreter der parlamentarischen Parteien. Dort würde es sich zeigen, ob wirklich allgemeine Bürgschaften für denjenigen Verlauf der Delegationen zu erlangen sein werden, der ihre Einberufung einzig und allein rechtfertigen könnte.

Die Vertreter der Gruppen des Herrenhauses haben, wie Ihr Korrespondent weiter erfährt, die im vorstehenden Sinne gehaltenen Erklärungen des Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen; sie werden ihre Bemühungen zur Schaffung der gewünschten Bürgschaften fortsetzen und die Regierung über den Erfolg ihrer diesbezüglichen Tätig-

keit auf dem Laufenden halten. Sie haben sowohl aus den Besprechungen mit dem Vertreter der Regierung wie aus ihrer Fühlungnahme mit anderen parlamentarischen Persönlichkeiten den Eindruck gewonnen, daß die Einberufung der Delegationen — vorläufig kann nur dies einzig und allein in Betracht kommen — immerhin als möglich, ja sogar als wahrscheinlich bezeichnet werden könnte. Von der Festsetzung eines Termins für den Zusammentritt der Delegationen könne jedoch bis auf weiteres unter den obwaltenden Umständen und bei den noch vorliegenden Schwierigkeiten keine Rede sein. Denn man verhehlt sich nicht, und auch der Ministerpräsident soll daraus kein Fehl gemacht haben, daß immerhin auch noch andere Schwierigkeiten auftauchen könnten, die geeignet wären, den Zusammentritt der Delegationen für untunlich erscheinen zu lassen, auch wenn die Parteien sich zur nötigsten Zurückhaltung verpflichtet hätten.

In eingeweihten Kreisen hört man auch die bereits aufgetauchte und durch mancherlei Zeitungsstimmen begründete Version, nach der sowohl die Deutschradikalen, wie auch die Sozialdemokraten, die Tschechen, vielleicht sogar die Christlichsozialen einerseits erklären, daß ihnen die Einberufung der Delegationen ohne den Reichsrat nicht genüge, andererseits für die Delegationen solche Garantien der Rede- und Pressefreiheit verlangen, welche die Regierung für unerfüllbar halten könnte.

Ein Herrenhausmitglied der Mittelpartei hob auch hervor, man müsse immerhin anerkennen, daß der Zusammentritt der Delegationen, die nicht nur zu beraten und ihrem geheimten Redebedürfnis Luft zu machen, sondern auch Beschlüsse zu fassen haben werden, die Ausarbeitung und Einbringung einer Reihe von Gesetzentwürfen budgetärer Natur erfordere, insbesondere der Kriegsverwaltung, die bei der langen Unterbrechung der parlamentarischen Tätigkeit einige Schwierigkeiten bereiten dürften. Es handle sich dabei selbstverständlich nicht um etwaige Zweifel an der patriotischen Gesinnung, welche die Delegationen durch ihre Abstimmung zu bekräftigen hätten, sondern, wie gesagt, in erster Reihe um die vorläufig ihrem Wesen nach diskrete Natur der diesbezüglichen Vorlagen.